

---

FDP Wetterau

## **FDP WETTERAU BESUCHT ERSTAUFNAHMEEINRICHTUNG BÜDINGEN**

21.06.2017

---

FDP Wetterau besucht Erstaufnahmeeinrichtung Büdingen

Vertrag mit Maltesern bis August verlängert

Unter der Leitung des Wetterauer FDP-Landtagsabgeordneten Dr. h. c. Jörg-Uwe Hahn hat eine Delegation der Freien Demokraten die Erstaufnahmeeinrichtung für Flüchtlinge in Büdingen besucht. Die von den Maltesern betriebene Unterkunft war zuletzt wegen einer Rüge im Vergabeverfahren in den Medien. Neben Hahn nahmen der FDP-Kreisvorsitzende Jens Jacobi, der ehrenamtliche Kreisbeigeordnete Wolfgang Patzak und die Büdinger Liberalen Dr. Roland Aßmann und Andrea Rahn-Farr am Besuch teil. Seitens des Regierungspräsidiums Gießen empfingen der Regierungsvizepräsident Martin Rößler, der Leiter der Büdinger Einrichtung Michael Sauerwein, Andrea Kaup als stellvertretende Abteilungsleiterin sowie aus dem zuständigen Hessischen Ministerium für Soziales und Integration Herr Abteilungsleiter Stefan Sydow. Seitens der Malteser unter anderem Betriebsleiter Isidro Perez und Geschäftsführer Markus Schips die Freien Demokraten.

Während der Liegenschaftsbegehung erläuterte Sauerwein das sogenannte „Begegnungskonzept“, das das Regierungspräsidium Gießen in Zusammenarbeit mit den Maltesern erarbeitet hat. Um die Integration der Flüchtlinge zu fördern, möchte man den freiwilligen Austausch zwischen den Neuankömmlingen und den eingesessenen Büdingern ermöglichen. Dazu soll die Aufnahmeeinrichtung auch für Veranstaltungen mit

Bürgern geöffnet werden: „Die bisherigen Begegnungsangebote in der Stadt, wie beispielsweise in der Kirche, nehmen sowohl die Geflüchteten als auch die Bürger gerne wahr. Künftig möchten wir den großen Speisesaal auf unserem Gelände nutzen, um den Kontakt mit der Bevölkerung weiter zu erhöhen. Derzeit laufen die Bauarbeiten für einen zweiten Zugang in den Saal“, so Sauerwein. Generell verstehe man das gemeinsame Essen auch unter den Flüchtlingen als einen Integrationsfaktor, weshalb man die Mitnahme von Lebensmitteln auf die Stuben verboten habe.

Momentan sei Sydow zufolge die Unterkunft, die potenziell Platz für bis zu 800 Flüchtlinge bietet, lediglich zu rund 25% ausgelastet. Dennoch leisten weiterhin insgesamt 48 Personen zu Vollzeit ihren Dienst in der Einrichtung, die medizinischen Versorger mitinbegriffen. Grund hierfür seien die gemachten Überlastungserfahrungen im Spätsommer 2015 bei bald möglicherweise neuanstiegenden Flüchtlingsströmen nach Europa. Sydow erklärte: „Den letzten Meldungen zufolge stehen momentan mehr als sechs Millionen Menschen vor diversen Küsten, um nach Europa zu gelangen. Seitens des Landes bedarf es aufgrund der ungewissen Zugangslage gewisser Reserven. Insgesamt ist jedoch die Anzahl der Erstaufnahmeeinrichtungen in ganz Hessen, die zwischenzeitlich die 100 überschritten hatte, auf neun aktive Standorte angepasst worden.“ Durch die aktuell geringe Belegung sei die Liegenschaft sehr ruhig, wie sich die freidemokratischen Besucher überzeugen konnten. Es gebe wenig Streitigkeiten innerhalb der Einrichtung und auch in Stadt und Peripherie keine besonderen Vorkommnisse. Das sei nicht nur auf die nach einem System dissoziierte Unterbringung, sondern auch auf das umfangreiche Sportangebot der Malteser zurückzuführen, erläuterte Perez.

Seit Dezember 2015 betreiben die Malteser die ehemalige US Army-Kaserne in Büdingen. Schon mehrfach sollte im Zuge einer neuen Ausschreibung eine Vergabe auch mit anderen Hilfsdienstleistern erfolgen. Die Büdinger Freien Demokraten loben die Arbeit der Malteser, die man stets als kompetent wahrgenommen habe. Kurzfristig ist der Vertrag mit den Maltesern nun bis zum 31. August zum dritten Mal verlängert, nachdem das Verhältnis im Mai endgültig enden sollte. Grund für die Verlängerung ist eine Rüge, die die Malteser wegen eines unterstellten Verfahrensfehlers gegen das Vergabeverfahren eingebracht haben. Die Ausschreibung umfasst insgesamt drei

verschiedene Lose für soziale, nahrungstechnische und medizinische Versorgung. Für die Verpflegung mit Nahrungsmitteln ist auch zukünftig ein weiterer Dienstleister verantwortlich. Sydow erläuterte dazu, dass das vorgeschriebene Vergabeverfahren äußerst komplex sei. So hätten zwischenzeitlich 90 Fragen potentieller Anbieter bearbeitet und beurteilt werden müssen.